

## Nachruf auf Prof. Dr. Walther Fürst

Prof. Dr. Rudolf Summer

Prof. Dr. Walther Fürst, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts a.D., ist am 23. 10. 2009 im Alter von 97 Jahren verstorben. Nach der Berufsausbildung in der Zeit vor dem 2. Weltkrieg und einer Tätigkeit im höheren Verwaltungsdienst wechselte er 1949 in die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Er gehörte dann dem damals neu errichteten Bundesverwaltungsgericht seit 1953 an, wurde 1976 Präsident dieses Gerichts und schied 1980 wegen Erreichen der Altersgrenze aus dem aktiven Dienstverhältnis aus. Seine Tätigkeit im 6. Senat führte ihn zum Recht des öffentlichen Dienstes. Er hat 1974 – zunächst auf der Basis einer Zusammenarbeit der Kolleginnen und Kollegen des Bundesverwaltungsgerichts – den Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD) geschaffen, ein Werk,

das heute 25 Loseblattbände umfasst. Nach Eintritt in den Ruhestand hat er auch noch 7 Aufsätze für die Zeitschrift für Beamtenrecht geschrieben und wir waren stolz darauf, dass er in unserer Zeitschrift veröffentlicht hat. Er hat viele Kolleginnen und Kollegen für wissenschaftliches Arbeiten in der Materie des öffentlichen Dienstrechts gewinnen können

Herr Fürst ist auf den Menschen zugegangen. Auch im privaten Bereich konnte man seine positive Lebenseinstellung in Gesprächen erfahren. Einer seiner gelegentlich verwendeten Grundsätze lautete: „Man lebt nicht in der Vergangenheit, sondern von der Vergangenheit“. Die Nachricht von seinem Tod hat alle, die ihn kannten, sehr traurig gemacht.

## Stellenpools und Personalvermittlungsstellen in der öffentlichen Verwaltung

### Eine Darstellung der Stellenpoolmodelle und der jeweiligen Rechtsschutzmöglichkeiten

Dr. Elmar Braun

*Dieser Beitrag liefert einen systematischen Überblick über die drei verschiedenen Stellenpool-Modelle, die in den Bundesländern aktuell zur Anwendung kommen. Neben einem Bundesländervergleich werden auch die Rechtsschutzmöglichkeiten der Beschäftigten bei Meldungen bzw. Versetzungen in die Stellenpools untersucht. Dabei werden vor allem die bisherigen verwaltungs- und arbeitsgerichtlichen Urteile aus Hessen und Berlin, die bis zum BVerwG und zum BAG gegangen sind, dargestellt und bewertet.<sup>1</sup>*

#### I. Einleitung

Die Beschäftigten, die in den Stellenpool gemeldet werden, empfinden dies häufig als Diskriminierung. Nicht zuletzt die verwendete Begrifflichkeit – die von Strukturmaßnahmen und Stellenabbau betroffenen Beschäftigten werden als „Personalüberhangskraft“ oder noch unschöner als „Überhangpersonal“ bezeichnet – und die konkreten Auswirkungen auf den Arbeitsplatz haben zu zahlreichen Klagen gegen die Verpflichtungs- und Versetzungsmaßnahmen geführt. Aber auch die Einschränkungen der Mitbestimmungsrechte des Personalrats gaben und geben Anlass zur verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Überprüfung der Stellenpool-Modelle. Insbesondere aus Hessen und Berlin sind hier entsprechende Urteile bekannt geworden. Zuletzt hat das BVerwG in zwei Urteilen vom 18.9.2008 (2 C 3.07 und 8.07) über die Zuordnung von Landesbeamten zum Stellenpool der Berliner Verwaltung entschieden und starke verfassungsrechtliche Bedenken erhoben.<sup>2</sup>

#### II. Haushaltsrechtliche Zwänge

Angesichts der Talfahrt der öffentlichen Finanz- und Haushaltswirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten und dem Aufbau eines exorbitanten Schuldensockels ist der Staat zu Konsolidierungsmaßnahmen gezwungen, will er sich seine politischen Handlungsmöglichkeiten auch in der Zukunft bewahren. Hierbei kommt der Begrenzung und Senkung der Personalausgaben als größtem Einzelausgabeblock in den Haushalten eine herausragende Rolle zu. Dieser Befund wird durch die prognostizierte Steigerung der Versorgungslasten noch verschärft.

Demgemäß lautet die Devise für den Wandel: „Die Verwaltung muss mehr leisten und weniger kosten.“<sup>3</sup> Privatisierung, Entbürokratisierung und „Verschlankung der Verwaltung“<sup>4</sup> sollen dabei helfen, den Staat wieder auf finanziell gesunde Beine zu stellen. Die Folge sind massive Umstrukturierungsmaßnahmen in den Verwaltungen von Bund und Ländern.

- 1) Der Beitrag basiert auf der Publikation des Verfassers „Stellenpools und zentrale Personalvermittlungsstellen in der öffentlichen Verwaltung – haushaltsrechtliche, beamten- und arbeitsrechtliche sowie mitbestimmungsrechtliche Implikationen“, erschienen im Wissenschaftlichen Verlag Berlin – wvb, 1. Aufl. 2009.
- 2) ZBR 2009, S. 96; PersV 2009, S. 114; NVwZ-RR 2009, S. 211; IÖD 2009, S. 62; LKV 2009, S. 77; BB 2008, S. 2177; ArbuR 2008, S. 357; ZTR 2008 S. 596.
- 3) Vgl. das am 1.12.1999 beschlossene und am 16.6.2004 fortgeführte Programm der Bundesregierung „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“.
- 4) Vgl. Scholz/Hofmann, Der Sachverständigenrat Schlanker Staat: Vorschläge und Umsetzungsergebnisse, PersV 1998, S. 326; kritisch: Kutscha, KJ 1998, S. 399.